

menhang wird durch die Daten nicht hinreichend gedeckt. Auch der Stellenwert eines von Alagappa entliehenen Arguments über die Rolle physischen Zwangs im Land bleibt weitgehend im Dunkeln. Es scheint so, als bedeute bereits die Beendigung von Aufständen selbst eine Verbesserung der zivilen Kontrolle und sei nicht nur ein förderlicher Faktor, wie Alagappa andeutet. Auch präsentiert Mietzner die Wiederwahl einer Reihe von Provinzgouverneuren mit militärischem Hintergrund aus der Suharto-Zeit als einen klaren Indikator mangelnder demokratischer Kontrolle des Militärs, sieht aber in der Wahl Yudhoyonos in das Präsidentenamt kein Problem, obwohl dieser ebenso ein Ex-Militär ist. Auch wenn Mietzner im Ergebnis häufig zuzustimmen ist, geht durch das unklare Konzept im Verlaufe des Buches die analytische Unterscheidung zwischen Indikatoren demokratischer Kontrolle und förderlichen sowie hinderlichen Bedingungen für demokratische Kontrolle verloren. Gerade bei einem komplexen und multidimensionalen Politikfeld wie zivil-militärischen Beziehungen wäre eine klare Abgrenzung der Unterdimensionen notwendig. So ließe sich etwa zeigen, wie mangelnde Reformfolge in einem Bereich (Territorialstruktur) vom Militär genutzt werden können, um in anderen Bereichen (Ökonomische Aktivitäten) Reformen zu verschleppen.

Trotz dieser Schwächen auf konzeptueller und theoretischer Ebene sticht Mietzners Buch aus den Arbeiten zu zivil-militärischen Beziehungen in Indonesien positiv hervor: Der Autor weist im Verlauf des Buches immer wieder auf umstrittene Sachverhalte hin und bemüht sich, diese für den Leser nachvollziehbar aufzuklären, statt sie wie andere Autoren schlicht zu ignorieren. Mietzner verarbeitet neben einer breiten Literaturgrundlage auch viele neue Erkenntnisse aus erster Hand. Aufgrund dieser breiten Datenbasis ist es bedauerlich, dass sich im gesamten Buch weder Tabellen noch Grafiken finden, die insbesondere die ökonomische Rolle des Militärs und die Situation nach Wahlen deutlicher beleuchten

könnten. Wichtige Zahlen und Daten verschwinden im Fließtext oder in Endnoten. Nicht vom Autor zu vertreten, im wissenschaftlichen Gebrauch aber dennoch ärgerlich, ist die Aufteilung des Literaturverzeichnisses in Forschungsartikel, Ganzschriften und Primärquellen, die das Nachschlagen von Quellen unnötig erschwert.

Zusammenfassend liefert Mietzner eine sehr gute Darstellung der zentralen Ereignisse um das indonesische Militär im Demokratisierungsprozess. Obwohl die Zweiteilung analytische Probleme aufwirft, eignet sich das Buch dadurch auch als eine gut lesbare Einführung in die indonesische Politik. Für an Indonesien interessierte Forscher liefert das Buch insbesondere in der zweiten Hälfte einige neue Erkenntnisse, während es für Forscher im Bereich zivil-militärischer Beziehungen eine wertvolle Datenquelle bietet.

Philip Völkel

Janine Bergmann, Maïke Grabowski (Hg.): Entwicklungsaggression am Beispiel Bergbau in den Philippinen: Menschenrechtsverletzungen infolge neoliberaler Wirtschaftspolitik und internationaler Entwicklungspolitik in den Philippinen

Focus Asien 32. Essen: Asienstiftung, 2009. 58 S., EUR 5,00

Entstanden aus einer Zusammenarbeit zwischen dem Philippinenbüro in Essen und FIAN ist eine Broschüre erschienen, die sich mit ökologischen und sozialen Folgen von Entwicklungspolitik am Beispiel neuerer Bergbauprojekte in den Philippinen beschäftigt. Die AutorInnen verwenden den Begriff der Entwicklungsaggression um damit ökonomische und politische Entwicklungsstrategien zu beschreiben, die im Widerspruch zu Interessen und Vorstellungen lokaler Gesellschaften liegen, dennoch

gegenüber diesen mittels ökonomischem, politischem und militärischem Druck durchgesetzt werden. Den Aufhänger bildet ein Beitrag von Niklas Reese über den Zusammenhang von Entwicklungspolitik, Menschenrechten und neoliberaler Wirtschaftspolitik. Während Fragen ziviler und politischer Menschenrechte seit längerer Zeit einen wichtigen Stellenwert in entwicklungspolitischen Debatten einnehmen und diese nicht selten auch gegenüber Regierungen im Globalen Süden eingefordert werden, spielen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte eine deutlich weniger prominente Rolle, wenngleich sie in zunehmenden Maße Eingang in die Debatten finden. Dabei sind, wie das Beispiel Bergbau in den Philippinen deutlich macht, diese oftmals in besonders starkem Maße von entwicklungspolitischen Projekten, die auf Rohstoffextraktion zielen, betroffen. Die politische Zielrichtung des Bandes ist somit auf eine Aufwertung der WSK Rechte gerichtet.

Unter Präsidentin Arroyo hat die philippinische Regierung die Förderung des Bergbaus zu einer ihrer obersten Prioritäten und zu einer der zentralen Entwicklungsstrategien gemacht. Die Philippinen verfügen über umfangreiche Bodenschätze, die aber bisher vergleichsweise gering erschlossen wurden, auch, so die Annahme der Regierung, aufgrund der starken Zugangsbeschränkungen für ausländische Unternehmen und der Kapitalschwäche lokaler Bergbauunternehmen. Das Hauptinteresse des philippinischen Staates gilt folglich Großprojekten und damit verbunden Investitionen internationaler Bergbauunternehmen. Den Startschuss dazu gab der 1995 unter Präsident Ramos in einer Phase der intensiven Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik verabschiedete „Mining Act“, der insbesondere als eine Attraktivitätssteigerung für internationales Kapital konzipiert war, da damit ausländischer Besitz von Grund und Boden sowie die umfassende Gewinnrückführung erleichtert wurde. Zudem erhielten Bergbauunternehmen im Rahmen ihrer

Konzessionen oftmals weitreichende hoheitliche Rechte in den von ihnen explorierten Gebieten. Obgleich immer wieder beteuert wurde, soziale und ökologische Standards einzuhalten sowie eine Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung mit sich zu bringen, zeigen die einzelnen Fallbeispiele, dass dies in der Regel nicht der Fall ist.

Ein Grund liegt darin, dass die meisten der für Großbergbauprojekte attraktiven Gebiete zugleich ökologisch sehr fragil sind und von indigenen Gruppen bewohnt werden, die einerseits im Rahmen des „Indigenous Peoples Rights Act“ formal eine vergleichsweise große Kontrolle über das von ihnen bewohnte Land besitzen, andererseits politisch und ökonomisch marginalisiert sind und kaum über die Ressourcen zur erfolgreichen Mobilisierung gegen staatliche und privatwirtschaftliche Interessen verfügen. Der 1997 verabschiedete „Indigenous Peoples Rights Act“ stellt formal eine im internationalen Vergleich sehr weitreichende Stärkung der Position indigener Bevölkerungsgruppen dar, sieht das Recht auf kulturelle und religiöse Selbstbestimmung, auf Autonomie und kulturelles Erbe und die natürlichen Ressourcen des von ihnen bewohnten Landes vor. In der Realität sieht dies oft anders aus. Dies wird deutlich an Beiträgen zu Zwangsumsiedlungen im Rahmen von Bergbauprojekten, an massiven ökologischen Zerstörungen durch Unfälle oder den Regelbetrieb, die die Lebensgrundlagen lokaler Bevölkerungen bedrohen oder auch an der politischen Macht lokaler Eliten und Unternehmen Zustimmung zu erkaufen oder erzwingen.

Zudem findet die seit Jahren stattfindende Militarisierung der philippinischen Provinzen auch und gerade in Bezug auf diese Projekte statt. Ein besonders deutliches Beispiel ist die so genannte „Investment Defense Force“, eine Einheit des philippinischen Militärs, die eigens zur Sicherung ausländischer Investitionen gegründet wurde.

Weitere Beiträge beleuchten diese Einbindung internationaler Großbergbauprojekte in entwicklungspolitische Strategien am Beispiel Deutschlands und der EU oder die Frage nach Verantwortung von Staaten und Unternehmen sowie den Handlungsmöglichkeiten diese international zur Rechenschaft zu ziehen.

Man hätte sich den einen oder anderen weiteren konzeptionellen Beitrag mehr gewünscht, etwa eine ausführlichere Thematisierung des Begriffs der Entwicklungsaggression und dessen Verhältnis zu anderen Post-Development Ansätzen. So bleibt die theoretische Konzeption zuweilen etwas unscharf. Dennoch bietet die Broschüre einen sehr guten und aktuellen Überblick über eines der zentralen gesellschaftlichen Konfliktfelder der Philippinen, zwischen einem auf neoliberale Modernisierung zielenden Zentralstaat und lokalen Gesellschaften deren Entwicklungs- und Modernisierungsvorstellungen von diesen oftmals stark abweichen, bzw. die sich im klaren darüber sind, dass sie nur sehr wenig von diesen staatlich protegierten Projekten profitieren würden.

Boris Michel

**Michael D. Barr, Zlatko Skrbiš:
Constructing Singapore, Elitism,
Ethnicity and the Nation-Building
Project**

Democracy in Asia series, no. 11, Nordic Institute of Asian Studies. Copenhagen: NIAS Press, 2008. 304 S., EUR 28,99

Singapore has been frequently held up as a how-to-do-it example of successful development planning and organization. A country with few natural resources and a daunting economic prospect at independence, Singapore has been able to develop into an economic power-house with a competent leadership and a peaceful multi-ethnic and multi-cultural society. Yet Barr and Skrbiš

set out to show that behind the persistent efforts of the Singapore leadership to establish a true sense of Singaporean citizenship lies a hidden agenda of creating and maintaining the basic dominance of the Chinese population over the Indian and Malayan ethnic minorities. This is achieved by various measures that ostensibly place the ethnic groups on an equal footing, such as giving ethnic minorities the choice of setting up their own schools and providing for the teaching of the respective mother tongue. The quality of such private schools will obviously depend on the resources that the ethnic groups can mobilize, so that initial resource endowments will influence outcomes.

While multi-culturalism is to be generally applauded, it can also lead to discrimination. In Singapore, the talent streaming process that selects children and assigns them to various education paths has been continuously brought forward, so that it now includes kindergarten and proceeds throughout the education system. While there may be permeability between the individual strands, this works more often downwards than upwards. Since the achievers are continuously provided with better learning facilities and generous scholarships, early selection is a precondition for rising to the top, so that parents spare no efforts or expense to give their kindergarten kids a head start over their cohorts or, alternatively, to prevent their exclusion from the avenues that are required to achieve status and wealth. The system thus favours children of well-to-do parents at every stage of selecting "talent" from the pool of kindergarten and pre-school children, school children, college students and academic scholars. The affluent Chinese intellectuals and businessmen have been able to exploit their initial advantage in this rat race and the dominant political party has done its bit by funding special schools and providing educational facilities through scholarships abroad. The process of talent selection continues during military service, in which the selection of officers frequently